

Erklärung des Verbands Sonderpädagogik e.V. (vds) zum

Austausch des Beauftragten der Bundesregierung sowie der Beauftragten der 16 Länder für die Belange von Menschen mit Behinderungen mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs auf Einladung des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer anlässlich der turnusmäßigen Vorsitzübernahme auf der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in Leipzig am 23. Oktober 2024

Der Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) wendet sich an Sie, sehr geehrte Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder der Bundesrepublik Deutschland, mit der dringenden Bitte, sich gemeinsam mit den Beauftragten des Bundes und der Länder für die Belange von Menschen mit Behinderungen für die Weiterentwicklung der Inklusion im Bildungsbereich auf allen Ebenen ganz persönlich einzusetzen.

Wir wissen, dass Sie das in Ihren jeweiligen politischen Entscheidungsgremien bereits vielfältig wahrnehmen, aber angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Lage müssen aus der Sicht unseres zivilgesellschaftlichen Verbands alle Stärkungsmöglichkeiten von Vielfalt, Toleranz und Demokratie intensiviert werden.

In den sogenannten Abschließenden Bemerkungen zum kombinierten zweiten und dritten Staatenbericht Deutschlands mahnt der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ausdrücklich „die unzureichende Verwirklichung der inklusiven Bildung im gesamten Bildungssystem“ ... sowie „das Fehlen eines klaren Mechanismus zur Förderung der inklusiven Bildung in den Ländern und Gemeinden“ an und fordert unter anderem, einen umfassenden Plan zur Beschleunigung des Übergangs von der Bildung in Förderschulen hin zur inklusiven Bildung auf Länder-ebene und kommunaler Ebene auszuarbeiten, der konkrete zeitliche Vorgaben, personelle, technische und finanzielle Ressourcen sowie klare Zuständigkeiten für die Umsetzung und Überwachung vorsieht. Ferner wird dort unter anderem gefordert, „...die Barrierefreiheit und die Vorkehrungen für alle Arten von Behinderungen zu verbessern und ein Monitoringsystem zur Beseitigung aller Formen der unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierung von Kindern mit Behinderungen und ihren Familien zu entwickeln“.

Dafür setzt sich der Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) mit seiner ganzen zivilgesellschaftlichen Kraft ein und darum bitten wir Sie, sehr geehrte Damen und Herren, all Ihren politischen Einfluss geltend zu machen.

Bitte tauschen Sie sich sehr regelmäßig mit Ihren Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Teilhabebeeinträchtigungen in den Ländern aus – zu den vielen gelingenden Beispielen angemessener Vorkehrungen für gute Inklusion, aber auch zu den Beispielen, in denen bürokratische Entscheidungen statt hilfreicher Unterstützung wirksam werden und Teilhabe verhindern. Dies kommt leider nach wie vor viel zu häufig vor und wir können Ihnen jederzeit konkrete Fälle aus allen Ländern benennen.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass in allen Ländern Ombudsstellen für Inklusive Bildung nach dem Vorbild Hamburgs gegründet werden, die als unmittelbare, niedrigschwellige Anlaufstellen für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Angehörige wirksam werden und eng mit den Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Teilhabebeeinträchtigungen vor Ort zusammenarbeiten.

Der UN-Ausschuss fordert außerdem deutlich mehr Fortbildungsangebote für multiprofessionelle Fachkräfte-Teams in den sich immer weiter inklusiv entwickelnde Bildungseinrichtungen an. Das Oberthema der Angebote lautet kurz zusammengefasst: Was benötigt eine inklusive Bildungseinrichtung und welche Unterstützung brauchen die Mitglieder der multiprofessionellen Teams, um erfolgreich arbeiten zu können? Diese Angebote müssen sich z.B. an Schulleitungen aller Schulformen wenden, die sich mit ihrem Kollegium auf die inklusive Entwicklungs- und Forschungsreise begeben und moderne Strukturen schaffen wollen ebenso wie an Lehr- und Fachkräfte aller (sonder- und sozial-)pädagogischen und therapeutischen Berufsfelder.

Der vds setzt hierbei auf das Motto: **Wissen schafft Haltung, noch mehr Wissen schafft noch mehr inklusive Haltung**. Dazu gehört selbstverständlich eine mit Schülerinnen und Schülern aller Altersgruppen ebenso wie mit Eltern und Angehörigen auf Augenhöhe angelegte Kommunikation. Dafür Sorge zu tragen – darum bitten wir Sie nachdrücklich.

Der Verband Sonderpädagogik e.V. hat das Konzept für einen **Bildungsdialog für Deutschland** mitgezeichnet. Das starke Netzwerk zahlreicher mitzeichnender Verbände und Organisationen fordert, einen bildungs- und sozialpolitischen Entwicklungsprozess für Deutschland mit vielfältigen Akteuren in Gang zu setzen - bitte setzen auch Sie sich dafür ein.

Es geht darum, gemeinsam die drängenden Herausforderungen des Bildungssystems in Deutschland im Interesse aller jungen Menschen zu bewältigen. Nur eine enge und ehrliche Zusammenarbeit auf der Ebene der Kommunen, der Länder untereinander sowie mit der Bundesebene unter enger und intensiver Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, der Bildungspraxis und den Bildungs- und Sozialwissenschaften mit jungen Menschen, die sich aktuell im Bildungssystem befinden, ermöglicht dringend notwendige und langfristige Lösungen für das Bildungssystem in Deutschland auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention und des Grundgesetzes.

Der **Bildungsdialog für Deutschland** braucht Sie als Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, um die Herausforderungen des Bildungssystems in Deutschland gemeinsam zu bewältigen. Denn nur die Zusammenarbeit der Länder untereinander sowie mit dem Bund, den Kommunen, der Zivilgesellschaft, der Bildungspraxis und mit jungen Menschen, die sich im Bildungssystem befinden, ermöglicht nach unserer Überzeugung langfristige Lösungen für ein inklusives, teilhabeorientiertes und chancengerechtes Bildungssystem und stärkt die Demokratie nachhaltig.

Der Verband Sonderpädagogik e.V. arbeitet in allen 16 Ländern eng mit den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern der demokratischen Parteien zusammen und steht Ihnen jederzeit für Auskünfte zu positiven, aber auch sehr bedenklichen Beispielen im Bildungsbereich im Interesse einer inklusiven Weiterentwicklung zur Verfügung.